



KOMMENTARE

Am Scheideweg

Christian Altmeier über den Wahlkampf in den USA

Es war der teuerste, schmutzigste und wohl auch längste Wahlkampf, den die USA je erlebt haben. Und selten war der Begriff der „Schicksalswahl“ so zutreffend, wie vor dem Urnengang in Amerika am Dienstag. Denn es geht um weit mehr als um die Frage, ob Republikaner oder Demokraten das Sagen haben. Es geht um Anstand und Moral in der Politik. Und letztlich sogar um den Fortbestand des amerikanischen Rechtsstaats, der in den vergangenen vier Jahren bereits erhebliche Schäden davongetragen hat.

Dementsprechend groß ist die Nervosität bei den Demokraten, dass es ihnen so ergehen könnte wie bei der letzten Wahl – als Trump in Umfragen hinten gelegen und dann gewonnen hatte. Doch einiges spricht dafür, dass die Demoskopen diesmal Recht behalten. Denn Biden ist deutlich beliebter als Hillary Clinton 2016, sein Vorsprung auf Trump ist seit Monaten konstant und die Demokraten verlieren wichtige Staaten wie Michigan oder Wisconsin nicht noch einmal aus dem Blick. Der wichtigste Grund aber ist Donald Trump. Die Wahl wird zum Referendum über den Präsidenten. Außer mit seinem katastrophalen Versagen in der Corona-Pandemie hat der Republikaner auch mit seiner Politik der Spaltung und seinen Lügen einen Teil seiner Anhänger gegen sich aufgebracht. Überraschend wenige zwar – doch die könnten in einem engen Rennen den Ausschlag geben.

Talent gesucht

Klaus Welzel zum Machtvakuum in der CDU nach Merkel

Der größte Gegner von Friedrich Merz heißt Friedrich Merz. Das beweist der Sauerländer bereits in der ersten innerparteilichen Krise, ausgelöst durch das Coronavirus. Eigentlich eher ein Krislein, denn was ist so schlimm daran, wenn die Partei Merks Nachfolger ein paar Wochen später bestimmt? Dass Merz sich als Outlaw gegen das Parteiestablishment inszeniert, ist in diesem Zusammenhang so wenig glaubhaft wie insgesamt lachhaft. Wie soll einer, der völlig überzogene Vergleiche bemüht, das Vertrauen der Wählenden gewinnen?

Merzens Vorteil sind freilich seine Konkurrenten Armin Laschet und Norbert Röttgen, die noch nicht einmal die eigene Basis begeistern können. Für die K-Frage nicht so wichtig, weil die Kür von einem der beiden automatisch den bayrischen Ministerpräsidenten Söder als Spitzenkandidaten ins Spiel bringen würde. Doch vielleicht sollte die CDU die Corona-Zwangspause nutzen, um neu nachzudenken. Haben sich Merz, Laschet und Röttgen nicht längst gegenseitig beschädigt? Wäre es vielleicht klug, jemand ganz anderes zu nominieren? Ralf Brinkhaus, der bisher nicht ganz so bekannte Unionsfraktionschef, legte in der Corona-Debatte des Bundestags am Donnerstag eine furiose Rede hin. Durchaus beruhigend, dass die CDU noch über Talente verfügt. Außer und nach Merkel.

Die von allen erwartete Eröffnungsrede:



Karikatur: Klaus Stutmänn

„Ich fürchte eine Verfassungskrise“

Der Amerika-Historiker Manfred Berg über die Wahlen in den USA und mögliche Anfechtungen

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Manfred Berg (60/Foto: privat) ist Curt-Engelhorn-Stiftungsprofessor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg und stellvertretender Direktor des Heidelberg Center for American Studies (HCA).



> Herr Professor Berg, 90 Prozent der Deutschen würden Umfragen zufolge für Joe Biden stimmen. Sind die Hoffnungen in den US-Demokraten hierzulande berechtigt?

Ja, ich glaube schon. Er würde zumindest einen markanten Unterschied zu Donald Trump darstellen, sowohl in den Inhalten als auch im politischen Stil. Und auch letzteres ist ja von enormer Bedeutung. Die „New York Times“ hat zu Bidens Wahl unter anderem deshalb aufgerufen, weil sie sich von ihm eine Rückkehr zum politischen Anstand verspricht. Das zeigt natürlich auch, wie gering die Ansprüche geworden sind.

> Die beiden Kandidaten unterscheiden sich aber nicht nur im Stil, oder?

Nein, es ist auch inhaltlich eine enorm wichtige Wahl. Wenn es Trump gelingen sollte, eine zweite Amtszeit zu erringen, dann wird es ihn selbst und die republikanische Partei insgesamt darin bestärken, ihren nationalistischen Kurs fortzusetzen und weiterhin vor allem auf eine weiße, konservative und evangelikale Wählerschaft zu bauen. Was das bedeutet, hat sich ja auch bei der Besetzung des Postens am Supreme Court gezeigt. Es geht daher um eine ganz wichtige Weichenstellung für die Zukunft.

> Und in welche Richtung würde Joe Biden diese Weichen stellen?

Biden hat ganz klare sozialpolitische Verbesserungen in Aussicht gestellt. Die dringende Krise ist natürlich die Corona-Krise. Hier ist es ganz zentral, dass überhaupt einmal so etwas wie eine Strategie entwickelt wird. Außerdem hat Biden versprochen, die Interessen von Minderheiten, Studenten und Geringverdienern in den Blick zu nehmen. Außenpolitisch wird er sich wohl um eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses zu Europa und zu den traditionellen Verbündeten der USA bemühen. Das schließt Deutschland natürlich mit ein.

> Wiesehr trauen Sie Umfragen, die einen Wahlsieg von Biden vorhersagen?

Man ist durch Trumps überraschenden Wahlsieg von 2016 gewarnt. Es ist allerdings so, dass Trump vor vier Jahren im Oktober eine deutliche Aufholjagd hingelegt hat. Das sieht man in diesem Jahr nicht. Trump müsste eigentlich fast alle swing states gewinnen. Es sieht nicht danach aus, dass ihm das gelingt.



> Würde er eine Niederlage eingestehen?

Wenn es ein relativ knappes Wahlergebnis gibt, wird Trump das nicht akzeptieren. Eine Niederlage einzugestehen, passt charakterlich einfach nicht zu ihm. Er wird das Ergebnis anfechten. Er hat ja schon im Vorfeld über die Briefwahlen behauptet, dass sie anfällig für Betrug seien. Deshalb befürchte ich eine Verfassungskrise.

> Wann rechnen Sie mit einem Ergebnis der Wahl?

Das ist schwer zu sagen. Es gibt Bundesstaaten, die lassen das Auszählen von

rechtzeitig abgeschickten Stimmzetteln noch drei Tage nach der Wahl zu, andere sogar noch länger. Wenn es einen echten Erdrutschsieg gäbe, stünde das Ergebnis wahrscheinlich schon am Abend des 3. November fest. Damit rechne ich aber nicht. Es dürfte wahrscheinlich drei bis vier Tage dauern. Und im schlimmsten Fall gibt es eine Verfassungskrise und wir wissen im Januar noch nicht, wer Präsident ist.

> Ist es ein Vorteil für Donald Trump, dass er noch eine Richter an den Supreme Court berufen konnte?

Das ist ein enorm großer Vorteil. Der Supreme Court ist für Trump eine sichere Bank. Welche Rolle das spielen kann, haben wir ja im Jahr 2000 gesehen, als die Richter die Nachzählung in Florida stoppten und George W. Bush damit zum Präsidenten machten. Das Oberste Gericht ist extrem polarisiert und politisiert.

> Eine weitere Sorge ist, dass es zu gewaltsamen Aufständen von Trump-Anhängern kommen könnte.

Diese Gefahr ist durchaus real. Es gibt genügend Waffen in den USA und genügend der sogenannten Milizen, die sich als bewaffneten Arm der Trump-Bewegung sehen. Zumindest lokal und regional halte ich Gewalt für möglich.

> Könnte Trump dann den Notstand ausgerufen, um an der Macht zu bleiben?

Es gibt keine genau festgelegten Befugnisse des Präsidenten für einen Notstand. Dass Trump einfach die Verfassung außer Kraft setzt, halte ich aber für schwer vorstellbar. Es ist noch nie eine Wahl abgesagt worden und es ist nach jeder Wahl zum vorgesehenen Zeitpunkt ein neuer Präsident ins Amt gekommen. Diese institutionelle Kontinuität wird auch Trump nicht so einfach durchbrechen können.

Info: Manfred Berg zur Polarisierung in den USA und der Zukunft der Republikaner: www.rnz.de/politik

RNZ-LEXIKON

Wahlmänner

US-Amerikaner wählen nicht direkt ihren Präsidenten, sondern das sogenannte „Electoral College“, das Wahlmännerkollegium. Es setzt sich aus insgesamt 538 Wählern zusammen. Präsident wird, wer in dem Gremium die absolute Mehrheit hinter sich hat, also mindestens 270 Stimmen.

Wie viele Wähler ein Bundesstaat nach Washington entsendet, hängt von seiner Einwohnerzahl ab. Das Verhältnis ist aber nicht exakt proportional, so dass kleinere Bundesstaaten bevorzugt werden. So soll verhindert werden, dass sie neben den großen Staaten politisch bedeutungslos werden. Die Folge ist, dass nicht jede Stimme gleich viel Gewicht hat: Ein Wahlmann aus Kalifornien etwa vertritt 677 000 Bürger, einer aus Wyoming nur 188 000.

Die Wahlmänner werden meist nach dem „Winner takes it all“-Prinzip gewählt: Wer den Bundesstaat gewinnt, bekommt alle Wahlmänner (die einzigen Ausnahmen sind Maine und Nebraska). Das kann dazu führen, dass der Kandidat, der landesweit mehr Stimmen hat, trotzdem verliert. abs

PRESSESPiegel

Verbote allein genügen nicht

Der Berliner „Tagesspiegel“ bemerkt zu den Corona-Maßnahmen:

„Dass am Wochenende einiges noch erlaubt ist, bedeutet nicht, dass es weniger Konsequenzen haben wird als drei Tage später. Und auch dann werden Verbote und ‚Maßnahmen‘ an sich kaum ausreichen, das Virus so zu bremsen, dass Deutschland erneut glimpflich davon kommt.“

Nicht die Freiheit untergraben lassen

Die dänische Zeitung „Politiken“ kommentiert die Messerattacke in Nizza:

„Natürlich muss der Terror bekämpft und hart bestraft werden. Aber zugleich dürfen wir die Angst nicht unsere Freiheit untergraben lassen. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass es den Terroristen gelingt, eine Spaltung zu schaffen, die in der Realität nicht da ist. Der Großteil der muslimischen Minderheit in Europa, auch in Frankreich, besteht aus friedlichen, demokratischen und gesetzestreuern Bürgern.“

Merkel beweist ihre Stärke

Zum Teil-Lockdown in Deutschland meint „Corriere della Sera“ aus Italien:

„Angela Merkel ist zurück, falls sie denn jemals überhaupt abwesend war für eine kurze Pause. Die Bundeskanzlerin, die vor zwei Wochen vom Widerstand der Länder gegen eine strikte Notbremse zur Eindämmung der neuen Pandemie noch besiegt worden war, gewann am Mittwoch auf ganzer Linie und verhängte einen, wenn auch leichten Lockdown für das gesamte Gebiet Deutschlands.“

In den Sand gesetzt

Die „Frankenpost“ aus Hof schreibt zur Eröffnung des Flughafens BER:

„Dass Corona den Planern, Politikern, Flugesellschaften und künftigen Nutzern einen Strich durch die Rechnung macht, war nicht abzusehen. Aber die Folgen sind es: Eine Luftfahrtbranche, die heftig zu kämpfen hat, ein Tourismus, der immer weiter zurückgeht. Alles das lässt einen mit dem unbestimmten Gefühl zurück, dass Abermilliarden in den brandenburgischen Sand gesetzt wurden.“

Unterwegs in demokratischer Mission

Der Heilbronner Michael Link leitet die Wahlbeobachtung der OSZE in den Vereinigten Staaten – Er kontrolliert, ob das Land korrekt wählt

Von Philipp Neumayr

Geht er oder bleibt er? Immer wieder schürte US-Präsident Donald Trump zuletzt Spekulationen, dass er eine Wahlniederlage nicht akzeptieren würde. Ob bei der anstehenden Präsidentschaftswahl alles mit rechten Dingen zugeht, darüber wacht der deutsche FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Link. Er leitet eine Mission der Or-



Gesicht der Woche

ganisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die auf Einladung der US-Regierung die Wahl beobachtet.

Der 57-Jährige ist ausgebildeter Übersetzer. Er studierte Slawistik und Romanistik, unter anderem in Heidelberg. Frühe politische Sporen verdiente er sich als Referent des Außenministers Klaus Kinkel. Für seinen Wahlkreis Heilbronn zog Link 2005 erstmals in den Bundestag ein, heute ist er Sprecher für Europapolitik der FDP-

Bundestagsfraktion. Nach wie vor lebt er auch in seiner Geburtsstadt Heilbronn, sitzt dort im Gemeinderat. Im europäischen wie außereuropäischen Ausland machte er sich einen Namen als Staatsminister im Auswärtigen Amt und als Vertreter Deutschlands im Brüsseler Rat der Europaminister.

Nachdem die FDP 2013 aus dem Bundestag ausgeschieden war, kam Link zur OSZE. Dort wurde er Direktor der Abteilung Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), eine der wichtigsten Organisationen für Wahlbeobachtung weltweit. Mittlerweile hat er laut eigener Aussage zwischen 100 und 200 Abstimmungen mit beobachtet, auch die US-Wahl 2016, als Hillary Clinton knapp gegen Donald Trump verlor.

Nun also Trump gegen Biden, die wohl wichtigste Wahl der letzten Jahre für die westliche Welt und für das amerikanische Volk selbst. Link weiß, welche Bedeutung die von ihm angeführte Mission hat. Grund zur Nervosität gibt es für ihn aber nicht. „So politisch spannend die Wahl auch ist“, sagt er, „wir können damit umgehen.“ Zwar hat er schon in der Vergangenheit Schwächen im amerikanischen Wahlsystem aus-



Michael Link hat bereits mehr als 100 Wahlen weltweit beobachtet. Foto: dpa

gemacht und auch angesprochen, zum Beispiel das viele Menschen diskriminierende Verfahren der Wählerregistrierung. Doch in dem Wettbewerb unterschiedlicher politischer Positionen, der in den USA vielleicht so ausgeprägt ist wie nirgendwo sonst, sieht Link „für die Demokratie etwas sehr Gutes“.

Seine Aufgabe und die seines Teams ist es, auf die Einhaltung der geltenden Regeln zu achten und die Wahlbedingungen zu beobachten – etwa Unterschiede in den rechtlichen Rahmenbedingungen, das

Verfahren der Wählerregistrierung oder die Briefwahl. Die Wahlbeobachtung sei ein wichtiges und spannendes Instrument, sagt Link, „weil man festhalten kann, ob ein Land die internationalen Standards einhält, denen es sich verpflichtet hat“. Doch er betont auch: „Wir sind keine Richter und keine Wahlpolizei.“

Rund um die Wahl sind etwa 115 Beobachter aus verschiedenen OSZE-Ländern im Einsatz. Manche bereisen seit mehreren Wochen die US-Staaten. Link selbst flog am Freitag über den großen Teich. In der amerikanischen Hauptstadt wird er die Beobachtung koordinieren, Wahlbüros im District of Columbia und dem angrenzenden Bundesstaat Maryland besuchen. Am 4. November, einen Tag nachdem die Amerikaner gewählt haben, wird er einen ersten Bericht mit einer Einschätzung zum Wahlablauf vorstellen, zwei Monate danach soll dann ein Abschlussbericht folgen.

Generell dürfe man sich seine Aufgabe jedoch nicht zu spannend vorstellen, sagt Link. „Die meiste Zeit werde ich im Büro in der Isolation verbringen.“ In der einen Woche, in der er vor Ort ist, erwarte ihn „wenig Schlaf und viel Nacharbeit“.

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölzke, Joachim Knorr, Michael Gindele

Chefredakteure: Inge Hölzke, Dr. Klaus Welzel

Chef von Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeier - Magazin: Alexander R. Wenisch - Feuilleton: Volker Oesterreich - Sport: Claus Weber - Metropolregion/Bergstraße: Carsten Blaue, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen - Redaktion Heidelberg: Sebastian Riemer, Stellv. Holger Buchwald - Region Heidelberg: Thomas Frenzel - Service-/Kinderredaktion: Inge Hölzke - Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Anzeiger: Andreas Miltner - Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0 Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH Druck: Heidelberg Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Monatsbezugspreise einschl. 5 % MwSt.: Durch Träger 45,50 €, Postbezug 47,90 €. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher in Textform beim Verlag. Bei Bezugsunterbrechung wird Bezugsgehalt ab dem 5. Erscheinungstag erstattet. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 72. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberg Nachrichten, Region Heidelberg, Wiesloch Nachrichten, Waldörfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Schwetzingen Nachrichten, Bergstraße/Mannheim - Weinheimer Rundschau, Sinheimer Nachrichten - Bad Rappenauer Bote/Eppingen Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.